

Bremerhaven, 08.01.2026

Anfrage - Nr. StVV - AF 3/2026 (§ 38 GStVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.01.2026		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Anfrage zur Klärschlammbehandlung ab 2029 (DIE MÖWEN)

Ab dem Jahr 2029 greifen für Betreiber großer kommunaler Kläranlagen (über 100 000 Einwohner*innen) verbindliche Anforderungen zur Rückgewinnung von Wertstoffen, wie bspw. Phosphor aus Klärschlamm. Dies wird nach Einschätzung u. a. des Umweltbundesamtes mit Investitionen, neuen Entsorgungs- und Verwertungswegen sowie Gebühren- und Vertragsfragen verbunden sein.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Magistrat:

1. Welche Mengen an Klärschlamm (Trockenmasse) fallen aktuell jährlich an, und welche Entsorgungs-/Verwertungswege werden derzeit genutzt?
2. Welche Strategie verfolgt der Magistrat, um die Anforderungen ab 2029 rechtssicher zu erfüllen?
3. Gibt es einen Zeit- und Maßnahmenplan für die Umstellungen?
4. Wurden bereits verschiedene Varianten und auch technische Lösungen der Rückgewinnung von Wertstoffen (insbesondere Phosphor) geprüft oder vorbereitet? Wenn ja, welche?
5. Welche zusätzlichen Anforderungen an Schadstoff- und Spurenstoffmanagement (z. B. PFAS, Arzneimittelrückstände, Mikroplastik) werden im Zuge der Umstellung betrachtet, auch vor dem Hintergrund steigender EU- und nationaler Erwartungen an Gewässer- und Bodenschutz?
6. Welche Investitionskosten und jährlichen Betriebskosten erwartet der Magistrat je Umsetzungsoption?
7. Welche Förderprogramme (Bund/Land/EU) werden genutzt bzw. sind geplant zu beantragen?
8. Welche Auswirkungen erwartet der Magistrat auf die Abwassergebühren, und welche gebührenrechtliche Einordnung wird für vorbereitende Maßnahmen vor 2029 vorgenommen?
9. Bestehen bereits Vorverträge/Absichtserklärungen mit Entsorgern, Monoverbrennungsanlagen oder Phosphor-Recycling-Dienstleistern?
10. Wie ist das Vorhaben organisiert und gesteuert und bei wem liegt die Verantwortlichkeit?
11. Wie und wann werden die Stadtverordnetenversammlung und Öffentlichkeit über Entscheidungsvarianten, Kosten und Gebührenfolgen informiert?

Petra Brand
mit Fraktion "die Möwen"